

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Gerrit Huy, Stefan Keuter, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Stephan Protschka, Eugen Schmidt, René Springer, Wolfgang Wiehle und der Fraktion der AfD

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3509, 20/3526, 20/3527, 20/3528 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023
(Haushaltsgesetz 2023)**

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die Belastung unserer Bürger und Unternehmen mit Steuern und Abgaben ist im internationalen Vergleich seit langem zu hoch und verringert damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes. Hinzu kommen die massiven wirtschaftlichen Probleme, die sich aus den Corona-Maßnahmen, den Folgen des Ukraine-Kriegs sowie einer vollkommen verfehlten Energie- und Krisenpolitik der Bundesregierung ergeben. Deutschland droht in eine langanhaltende Rezession, möglicherweise sogar in eine Depression zu fallen.
 2. Der starke Anstieg insbesondere der Energiepreise hat sich mittlerweile in den Verbraucherpreisen festgesetzt und nimmt kein Ende. Arbeitnehmerverbände fordern mittlerweile zweistellige Lohnerhöhungen. Die Gefahr der Ingangsetzung der Lohn-Preisspirale erhöht sich zunehmend.

3. Die hohen Preise für Energie sorgen zusätzlich verstärkt für Produktionskürzungen in Unternehmen. Hierdurch kommt es zu immer mehr Unterbrechungen heimischer Lieferketten und Angebotsverknappungen, was eine entsprechende inflationäre Wirkung auf erst Erzeugerpreise und immer stärker auch die allgemeinen Verbraucherpreise hat. Diese Rückkopplungseffekte zwischen sinkender Wirtschaftsleistung und steigender Inflation sind eine existenzielle Bedrohung der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere der Industrie.
4. Um einer Abwärtsspirale in eine Depression zu verhindern, muss neben der EZB auch die Bundesregierung endlich auch das ihr Mögliche tun, um die Inflation in den Griff zu bekommen und deshalb insbesondere für eine schnelle und dauerhafte Entlastung bei den staatlichen Bestandteilen der Energiepreise sorgen.
5. Dafür sind im Rahmen einer radikalen Zeitenwende in der Haushaltspolitik des Bundes umgehend auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts die Voraussetzungen zu schaffen und unnötige Ausgaben zu streichen.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

Die Bundesregierung soll unverzüglich eine Novelle zum Haushaltsgesetz 2023 unter den folgenden Maßgaben ausarbeiten und diesen dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorlegen:

1. Die Novelle des Einzelplans 09 soll mittels Kürzungen einen maßgeblichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Wiederherstellung konjunktur- und finanzpolitischer Handlungsspielräume des Bundes leisten. Hierfür sind Einsparungen im Umfang von mindestens 3 Milliarden Euro vorzuschlagen.
2. Die eingesparten Haushaltsmittel im Einzelplan 09 werden nicht umgewidmet. Sie ermöglichen die Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Bürger und Wirtschaft sowie die Sanierung des Bundeshaushalts und die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse.

Berlin, den 17. November 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben der Bürger in Deutschland ist nach einer Studie der OECD die zweithöchste weltweit. Deutschland ist hier in einem negativen Sinne „Vize-Weltmeister“ mit einer Durchschnittsbelastung von 48,1 Prozent für Alleinstehende und 40,9 Prozent für Familien im Jahr 2021. Zum Vergleich: Der OECD-Schnitt für Alleinstehende liegt bei 34,6 Prozent und für Familien bei 28,8 Prozent.¹ Die Belastung der Wirtschaft und speziell der Unternehmen durch Unternehmenssteuern sucht nach OECD-Erhebungen weltweit ebenfalls ihresgleichen und lag mit durchschnittlich 30 Prozent im Jahr 2021 weit über dem internationalen Durchschnitt von 23,64 Prozent.²

¹ <https://www.oecd.org/tax/tax-policy/taxing-wages-brochure.pdf> S. 8 und S. 10 (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1225581/umfrage/unternehmenssteuern-ausgewaehlter-laendern/#:~:text=In%20Deutschland%20lag%20der%20Unternehmenssteuersatz,weltweiten%20Trend%20zu%20sinkenden%20Unternehmenssteuers%C3%A4tzen> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

Bereits seit November 2021 liegt die Inflation der Verbraucherpreise bei über 5 Prozent und ist bis April 2022 auf 7,4 Prozent gestiegen.³ Da hiergegen im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushaltsgesetz 2022 im Frühjahr nicht vorgegangen wurde, stieg die Inflation im Oktober 2022 erstmals seit Jahrzehnten auf 10,4 Prozent und ein Ende der steigenden Inflation ist nicht abzusehen.⁴ Im Gegenteil, im Oktober forderten erste Arbeitnehmerverbände Lohnerhöhungen von 10,5 Prozent, um die inflationsbedingt sinkende Kaufkraft der Arbeitnehmer auszugleichen.⁵ Solche Lohnerhöhungen erhöhen Lohnkosten und kurbeln die Nachfrage an, was entsprechend den Druck auf die Verbraucherpreise noch weiter erhöht. Ökonomen nennen dies eine Lohn-Preisspirale, da die Verbraucherpreise durch eine allgemeine Anhebung der Lohnkosten steigen, was die Ursache der ursprünglichen Forderungen nach Lohnerhöhungen war.

Die inflationsbedingt steigenden Lebenshaltungskosten fallen bei Familien und Geringverdienern in besonders hohem Maße ins Gewicht, weil sie einen deutlich höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens hierfür aufwenden müssen. Genau diese Lebenshaltungskosten sind jedoch Gegenstand der zunehmend an Fahrt aufnehmenden Inflation. Diese bemisst sich an der Entwicklung des Verbraucherpreisindex. Hauptursächlich für die steigenden Verbraucherpreise sind die weiterhin steigenden Strom- und Kraftstoffpreise. Die Energiepreise sind seit Anfang des Jahres zwischen 20 Prozent und 40 Prozent pro Monat gestiegen und stiegen zuletzt um 43,9 Prozent.⁶

Unternehmen leiden ebenfalls unter den steigenden Energiepreisen. In vielen energieintensiven Unternehmen musste schon zu Beginn des Jahres die Produktion eingeschränkt oder gar eingestellt werden, da die hohen Energiepreise keinen wirtschaftlichen Betrieb mehr erlauben.⁷ Dieser Trend hat sich seitdem nicht verlangsamt oder umgekehrt, sondern mit den weiter steigenden Energiekosten nur noch beschleunigt.⁸

Die hohen Steigerungen bei den Erzeugerpreisen sind ein sicherer Indikator dafür, dass es sich bei der hohen Inflation und den verbundenen Kaufkraftverlusten sowie Kostensteigerungen in Unternehmen nicht um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Die Erzeugerpreissteigerungen erreichen seit Anfang des Jahres jeden Monat neue Rekordwerte und stiegen zuletzt im August um knapp 45,8 Prozent; wieder getrieben von Steigerungen der Energiepreise um 139 Prozent.⁹ Als Folge warnen die führenden Wirtschaftsinstitute in Ihrer aktuellen Gemeinschaftsdiagnose vor erheblichen Einbrüchen in der deutschen Wirtschaft über 14 Prozent zu Beginn des Jahres 2023 und einem wirtschaftlichen Einbruch über 16 Prozent zu Beginn des Jahres 2024.¹⁰

Die hohe Inflation trifft auf ein sich laut Prognosen der Institute immer weiter sinkendes Wirtschaftswachstum. Auch die Bundesregierung hatte in ihrer Frühjahrprojektion zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2022 von 3,6 Prozent auf 2,2 Prozent und diese im Rahmen der Herbstprojektion nochmals auf 1,4 Prozent senken müssen. Für 2023 erwartet die Bundesregierung (unter fragwürdiger Einberechnung ihrer Ankündigungen zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen) eine Rezession bzw. ein negatives Wachstum von 0,4 Prozent.¹¹

Ökonomen warnen seit Beginn des Jahres davor, dass eine anhaltend hohe Inflation in Kombination mit einem sinkenden Wirtschaftswachstum in eine Stagflation wie in den frühen 1970er Jahren übergehen könnte. Als Stagflationsfalle bezeichnen Ökonomen das Problem, wonach die üblichen konjunkturpolitischen Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale nicht mehr anwendbar sind. So reizen staatliche Ausgabenprogramme zwar geringfügig das Wirtschaftswachstum an, sie verstärken allerdings gleichzeitig durch ihre nachfragesteigernde Wirkung den Inflationsdruck, üblicherweise in der Bauwirtschaft. Umgekehrt verhält es sich mit geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken wie der Anhebung von Leitzinsen. Zwar bekämpfen Zinserhöhungen in einem gewissen Rahmen und mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die Inflation, allerdings tun sie dies über die Dämpfung des Wirtschaftswachstums bzw. Erhöhung der Finanzierungskosten von Unternehmen und Verbrauchern.

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1045/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-veraenderung-des-verbraucherpreisindex-zum-vorjahresmonat/#:~:text=Monatliche%20Inflationsrate%20in%20Deutschland%20bis%20April%202022&text=Im%20April%202022%20stiegen%20die,Wert%20um%207%2C4%20Prozent> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

⁴ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_458_611.html (Zuletzt abgerufen am 02.11.2022)

⁵ <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/wie-es-mit-der-inflation-weitergeht-18381751.html> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

⁶ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_438_611.html (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

⁷ <https://www.energate-messenger.de/news/220729/erste-produktionsstopps-durch-energiepreiskrise> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

⁸ <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/teuer-energie-unternehmen-verlassen-deutschland-li.275233> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

⁹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22_397_61241.html (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

¹⁰ Nr. 2/2022, „Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust“, S. 75

¹¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/herbstprojektion-2133766> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

Konjunkturpolitisch ist es daher geboten, im Zusammenspiel mit der weiteren Anhebung der Leitzinsen den wachstumssenkenden Effekt dieser geldpolitischen Maßnahme über wachstumsanreizende Maßnahmen ohne inflationären Druck auszugleichen – mit fiskalpolitischen Entlastungen der Bürger und Unternehmen, zum Beispiel Steuerentlastungen unter Einhaltung statt Umgehung der grundgesetzlichen Schuldenbremse.

Seit dem Beginn der sogenannten „Bankenrettung“ sind die Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts von 1 578 Mrd. Euro (2008) auf 2 320 Mrd. Euro (2021) gestiegen und nähern sich aktuell 2 500 Mrd. Euro.¹² Hinzu kommen jedoch weitere Schulden und Finanzierungsrisiken auf europäischer Ebene. Der EU-Kommission wurde 2020 eine eigene Verschuldung von 800 Mrd. Euro zugestanden und Deutschland haftet anteilig für Risiken aus Euro-Rettungsschirmen, allein für den ESM mit 189,6 Mrd. Euro.^{13 14}

Für den Staatshaushalt von besonderer Bedeutung ist die Zinsentwicklung. Die EZB hat angesichts der zunehmend an Fahrt aufnehmenden Inflation erst verspätet im Juli 2022 die Zinswende eingeleitet.¹⁵ Damit ist für den Bundesfinanzminister die angenehme Zeit der Nullzinsen endgültig vorüber. Zukünftig werden Staatsanleihen nicht mehr mit Nullzinsen oder gar einem Negativzins im Markt platzierbar sein. Bei einem Zinssatz von drei Prozent würden allein die 1 574 Mrd. Euro Bundesschulden mittelfristig eine zusätzliche Zinsbelastung von über 47 Mrd. Euro pro Jahr bedeuten.¹⁶

Ungeachtet der zunehmenden Verschuldung, den verbundenen Inflationsrisiken und der Schuldenbremse werden durch die Bundesregierung milliardenschwere Programme aufgelegt, statt der sich beschleunigenden Inflation haushaltspolitisch wirksam zu begegnen, also Potenziale für Steuerentlastungen zu schaffen und den Staatshaushalt unter Einhaltung der Regeln der Schuldenbremse konsequent zu konsolidieren.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wies im Rahmen seiner Tagung in Washington Mitte Oktober 2022 darauf hin, dass seitens der Fiskalpolitik alles getan werden muss, um die Inflation zu senken, statt die Bemühungen der EZB weiter mit überdimensionierten und die Inflation anheizenden Ausgabenprogrammen zu konterkarieren. Von Ökonomen empfohlen und auch schon in der Bundestagsdrucksache 20/2062 im Frühjahr dieses Jahres von der Bundesregierung gefordert, wird Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Zentralbanken mittels Ausgabendisziplin und entsprechender Zinspolitik, um der explodierenden Inflation zu begegnen.¹⁷

Die öffentlichen Haushalte müssen drastischen Sparmaßnahmen unterzogen werden, hin zu einer klaren Fokussierung auf das notwendige Minimum, um die Potenziale für gebotene konjunkturpolitische Maßnahmen – in diesem Fall Steuererleichterungen – zu schaffen. Es ist klar zu unterscheiden zwischen unverzichtbaren Programmen zur Zukunftssicherung für wenige ausgewählte Schlüsselbereiche und verzichtbaren oder einschneidend zu kürzenden Schönwetter-Programmen. Vollständig zu streichen sind Haushaltstitel, die aufgrund einer verfehlten Ideologie den „Sozial-ökologischen Umbau“ der Gesellschaft und der Wirtschaft im Sinne einer sozialistischen Utopie verfolgen und hierdurch Deutschland als Wirtschaftsstandort schaden.

¹² <https://www.gold.de/staatsverschuldung-deutschland/#:~:text=Der%20Gesamttrag%20der%20deutschen%20Staatsverschuldung,Statistische%20Bundesamt%20am%2030.03.2022> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

¹³ <https://www.handelsblatt.com/politik/international/konjunkturpaket-wie-die-eu-kommission-den-800-milliarden-schuldenberg-abtragen-will/27909338.html> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

¹⁴ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/europaeischer-stabilitaetsmechanismus-esm.html> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

¹⁵ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/inflation-zinserhoehung-101.html> (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

¹⁶ https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Schulden-Finanzvermoegen/_inhalt.html (Zuletzt abgerufen am 16.10.2022)

¹⁷ <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/inflation-iwf-mahnt-zur-disziplin/28749648.html> (Zuletzt abgerufen am 02.11.2022)

